

Winkler: „Wohnbaumillionen abholen statt Wohnbaumärchen erzählen“

EY-Prognose bestätigt die Baukrise: Die Wohnungsfertigstellungen in Oberösterreich sind seit 2021 um 31,5 Prozent eingebrochen. Schon 84,4 Millionen Euro Bundesmittel könnten 980 leistbare Wohnungen und einen Beschäftigungseffekt von rund 4.200 zusätzlichen Arbeitsplätzen bringen.

Die aktuelle Bauprognose von EY bestätigt, dass die österreichische Bauwirtschaft 2026 ihren Tiefpunkt erreicht. Das reale Bauvolumen ist seit 2021 von 58,7 auf voraussichtlich 51,7 Milliarden Euro gesunken – ein Rückgang um knapp zwölf Prozent. Besonders betroffen sind der Hochbau und der Wohnungsneubau. Ein kräftiger Aufschwung ist auch in den kommenden Jahren nicht zu erwarten.

In Oberösterreich ist die Krise längst angekommen. Nach den vom Land veröffentlichten Zahlen wurden 2021 noch 13.267 Wohnungen fertiggestellt, 2024 waren es nur mehr 9.084. Das sind 4.183 Wohnungen weniger und ein Rückgang um 31,5 Prozent innerhalb von drei Jahren. Auch die Projektpipeline bleibt schwach: 2025 wurden lediglich 4.401 Wohnungen in neuen Gebäuden bewilligt, davon nur 2.296 im für den gemeinnützigen Wohnbau wichtigen Mehrparteiensegment.

„Das Märchen vom Wohnbau auf hohem Niveau hält den eigenen Zahlen nicht stand. Mehr als 4.000 fertiggestellte Wohnungen weniger als 2021 sind keine Erfolgsgeschichte, sondern ein massiver Einbruch. Wenn die Baubranche am Tiefpunkt ist, die Betriebe Aufträge brauchen und gleichzeitig leistbare Wohnungen fehlen, muss ein Wohnbaureferent handeln und bauen“, erklärt SPÖ-OÖ-Vorsitzender Landesrat **Martin Winkler**.

Wohnbaumillionen endlich nach Oberösterreich holen

Mit der Wohnbaumilliarde stellt der Bund den Ländern insgesamt eine Milliarde Euro zur Verfügung. Davon sind 780 Millionen Euro für den Neubau leistbarer Miet-, Mietkauf- und Eigentumswohnungen sowie 220 Millionen Euro für Sanierungen vorgesehen. Die konkrete Gestaltung der Förderungen und die Abwicklung liegen bei den Ländern.

Für Oberösterreich waren insgesamt mehr als 169 Millionen Euro reserviert. Rund zehn Millionen Euro wurden genutzt, während mehr als 74 Millionen Euro zunächst ungenutzt verloren gingen. Durch den Einsatz Winklers stehen diese Mittel wieder zur Verfügung. Insgesamt können auch laut Haimbuchners eigenen Angaben rund 130 Millionen Euro für den oberösterreichischen Wohnbau abgerufen werden.

„Die Millionen warten in Wien. Das Geld fehlt nicht, die Nachfrage fehlt nicht und auch die Bauunternehmen fehlen nicht. Was fehlt, ist die Entschlossenheit des zuständigen Wohnbaureferenten.

Haimbuchner muss aufhören, Ausreden zu erfinden, und das Geld endlich für Oberösterreich abholen“, fordert Winkler erneut.

Um die rund 130 Millionen Euro vollständig zu nutzen, müssten laut Haimbuchner bis 2028 insgesamt 1.861 zusätzliche Wohnungen errichtet werden. Anstatt dafür ein konkretes Bauprogramm vorzulegen, bezeichnet der Wohnbaureferent dieses Ziel jedoch als unrealistisch.

„Ein Wohnbaureferent, der zusätzliche Wohnungen zur unrealistischen Zumutung erklärt, hat seinen politischen Auftrag missverstanden. Die 1.861 Wohnungen sind kein Argument gegen die Wohnbaumilliarde, sondern ein klarer Arbeitsauftrag. Sie bedeuten Wohnungen für Familien, Aufträge für Betriebe und zusätzliche Arbeitsplätze. Haimbuchner sieht darin offenbar nur zusätzliche Arbeit für sich selbst – und genau diese verweigert er“, kritisiert Winkler.

Auch die Behauptung, Oberösterreich baue bereits genug, werde durch die amtlichen Zahlen widerlegt: „Wenn die Wohnungsfertigstellungen um fast ein Drittel einbrechen und die Baubewilligungen niedrig bleiben, kann niemand behaupten, zusätzlicher Wohnbau sei nicht notwendig. Haimbuchner muss die Märchenstunde beenden, den Spaten in die Hand nehmen und bauen.“

980 Wohnungen und rund 4.200 zusätzliche Arbeitsplätze

Allein mit 84,4 Millionen Euro könnten nach bisherigen Berechnungen rund 980 zusätzliche leistbare Wohnungen errichtet werden. Damit könnte ein Beschäftigungseffekt von rund 4.200 zusätzlichen Arbeitsplätzen in der Bauwirtschaft, im Baunebengewerbe und bei regionalen Zulieferbetrieben ausgelöst werden. Vertreter der Bauwirtschaft und der Wohnbauträger haben bereits signalisiert, dass zusätzliche Projekte umsetzbar wären.

Dass der geförderte Wohnbau ein zentraler Beschäftigungsmotor ist, bestätigt auch das Land Oberösterreich: Laut einer Landes-Presseinformation sichert er rund 20.100 Arbeitsplätze pro Jahr.

„Wer baut, senkt den Druck auf die Mieten und schafft sichere Arbeitsplätze. An jedem Wohnbauprojekt hängen Aufträge für Bauunternehmen, Installateure, Elektriker, Zimmerer, Tischler, Planungsbüros und zahlreiche regionale Zulieferbetriebe. Wer vorhandene Wohnbaumittel liegen lässt, verursacht daher einen doppelten Schaden: Den Menschen fehlen leistbare Wohnungen und den Betrieben fehlen Aufträge daher braucht es mehr Spaten statt Märchen“, betont Winkler abschließend.

Mehr Martin. Mehr leistbare Wohnungen für Oberösterreich

Rückfragehinweis: Mario Hauser, 066488461755, mario.hauser@spoe.at